

# Ulbrichts Plan wird abgebaut

## Mißwirtschaft und ideologische Zerrissenheit erdrücken die SED

Ein neues Jahr liegt vor uns, ein Jahr der Hoffnung und des guten Mutes. Gemeinsame Wünsche der Menschen in Ost und West stehen an seinem Beginn: Wiedervereinigung, politische Freiheit und — Frieden. Noch kann niemand von uns sagen, was das neue Jahr bringen wird. Aber die Bilanz von 1956 und die Ereignisse an der Schwelle des kommenden Jahres geben uns Hoffnungen, die mehr als Illusionen sind. Betrachten wir die Dinge mit jener politischen Nüchternheit, die das Gebot der Stunde ist: Hat uns das Jahr 1956 weiter voneinander entfernt? Ist der SED in jenem Jahr der isolierte Aufbau eines „zweiten deutschen Staates“ gelungen? Und: Auf welcher politischen und wirtschaftlichen Machtgrundlage geht die SED in das von uns mit Hoffnung begrüßte Jahr?

Ziehen wir Bilanz: In den letzten neun Monaten hat die SED Zug um Zug an Boden verloren. Die Spannungen innerhalb des Sowjetregimes und in den Ostblockstaaten haben sich zwangsläufig auch auf die SED übertragen.

Der zögernde Bruch mit dem Stalinismus hat das ideologische Gefüge der Partei zutiefst erschüttert. Die SED wird Jahre brauchen, um aus der schwer angeschlagenen Masse ihrer Mitglieder neue, zuverlässige Kader zu bilden. Der Traum von der innerlich gefestigten „Massenpartei“ aber ist ausgeträumt: Die SED wird froh sein, wenn sie sich eines Tages auf den Status einer kleinen, mit den übrigen politischen Kräften konkurrierenden Kaderpartei zurückziehen kann.

### Die Ära Schirdewan

Was wir in den letzten Wochen prophezeiten, ist eingetreten: Der 1. SED-Sekretär Walter Ulbricht wurde von seinen eigenen Genossen schrittweise an die Wand gespielt. Wir warteten vor der Illusion, daß Ulbricht im Zuge der antistalinistischen Entwicklung von einem Tag auf den anderen gestürzt werden könnte. Seine Entfernung von der Spitze der Macht ist eine von langer Hand zubereitete Angelegenheit

der SED selbst. Erst der Abbau der verhängnisvollen Wirtschaftspolitik Ulbrichts würde dessen politischen Sturz nach sich ziehen.

Wie aber sieht es damit aus? Ulbricht ist heute weitgehend auf seine Regierungsfunktion abgedrängt. In der Partei übernehmen neue Leute das Ruder, der Nimbus des „kleinen Stalin“ ist für immer dahin. Er ließe sich auch bei gutem Willen nicht mehr restaurieren. Ulbrichts Regierungsposition aber basiert auf der Durchführung und Kontrolle seiner eigenen Wirtschaftspläne. Sie, die den „Aufbau des Sozialismus“ in der Sowjetzone anstrebten, begründeten vor Jahren seine politische Macht. Jetzt hat der von Ulbricht selbst eingesetzte oberste Planungs-Chef der Zone, Bruno Leuschner, den stärksten Schlag gegen den 1. Sekretär geführt. In einer grundlegenden Rede über die Aufgaben des Jahres 1957 legt Leuschner Ulbrichts Plan zu den Akten der Parteigeschichte. Was Ulbricht jahrelang zu verheimlichen suchte, gibt Leuschner zu: Der gegen alle Vernunft forcierte Aufbau der Schwerindustrie war ein Fehler, die Sowjetzone ist durch die Wirtschaftspolitik Ulbrichts völlig abhängig von der Sowjetunion und den Volks-

demokratien geworden. Unermeßlicher Schaden ist der Volkswirtschaft entstanden.

### Eine Bankrotterklärung

Niemand sollte leugnen, daß die SED versucht hat, aus der Sowjetzone ein hochindustrialisiertes Land zu machen. Aber das haben auch die ungarischen Kommunisten aus ihrem Land machen wollen, und die alte polnische KP-Führung hat ihr Land durch ähnliche Fehlspekulationen an den Rand des Abgrunds geführt. Ulbrichts Fehler war, daß er die über-Industrialisierung eines von den Sowjets ausgeplünderten Landes nur mit der einzigen Absicht vorantrieb, Deutschland in zwei Teile zu spalten und die Sowjetzone zu einem autarken Teilstaat zu machen. Leuschner gibt das jetzt alles zu, man sollte seine im SED-Zentralorgan veröffentlichte Rede aufmerksam studieren.

Was aber wird geschehen? Die SED muß im kommenden Jahr schrittweise den Ulbrichtschen Fünfjahresplan abbauen. Wesentliche wirtschaftliche Veränderungen werden die Folge sein. Für die Bevölkerung aber können sie sich erst dann günstig auswirken, wenn die verschuldete Volkswirtschaft rentabel ist.

Sollten wir verhehlen, daß die wirtschaftlichen Perspektiven der Sowjetzone wenig rosig sind? Sehen wir aber auch das Positive daran: Die SED hat ökonomisch abgewirtschaftet und ist dadurch gezwungen, den politischen Druck zu mindern. Der Tag und die Stunde reifen heran, wo über die Deutschlandfrage von der Warte der Vernunft entschieden werden muß. Nehmen wir dies als hoffnungsvolles Geleit ins neue Jahr!

J. B. Gradl:

## Hoffnung und Gefahr

Die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr waren wie eine Atempause in unserer von Hast, Aufregung und Arbeit gejegten Zeit. Noch hält die Besinnlichkeit des Weihnachtsfestes vor, noch werden Geschäft und Arbeit nicht ganz ernst genommen, noch liegt ja ein ganzes neues Jahr vor uns. So hat man einen Augenblick Zeit und Verlangen nachzudenken, zurückzudenken an das so schnell vergangene und auszuschauen auf das neue Jahr. Und wie der einzelne fragt die Gemeinschaft, fragen die Völker: wo stehen wir, wohin gehen wir, was kommt auf uns zu?

An den vielen Jahresbetrachtungen im In- und Ausland spürt man schnell, daß das Pendel der Erwartungen diesmal weiter ausschlägt als in den vergangenen Jahren, nach beiden Seiten weiter ausschlägt, nach der Seite der Zuversicht und nach, der Seite der Angst. Dieses nun zu Ende gehende Jahr hat Überraschungen gebracht, die der Welt gezeigt haben, wie schwankend ihr Boden ist. Es hat Gefahren urplötzlich aufsteigen lassen die uns den Atem verschlagen haben. Tage wie die Höhepunkte des ungarischen Freiheitskampfes und der äußersten Zuspitzung der Suezkrise bleiben auch in unserer schnelllebigen Zeit länger und tiefer haften. Es ist menschlich, daß man sich am tiefsten beeindruckt fühlt von jenen Augenblicken der ersten Novembertage, in denen man mit dem plötzlichen Ausbruch eines neuen Großkrieges, vielleicht des dritten Weltkrieges, rechnen mußte. Es ist verständlich, gerade angesichts unseres eigenen Schicksals verständlich, daß das Erlebnis des ungarischen Freiheitskampfes und Opferganges und der eigenen Ohnmacht uns besonders tief getroffen hat. Dieses Geschehen könnte bereits genügen, um dem alten Jahr ein unauslöschliches Siegel aufzudrücken. Doch steht daneben noch jenes Ereignis, das zwar mehr im

Verborgenen begonnen hat, aber vielleicht einmal größtes geschichtliches Gewicht zuerkannnt bekommen wird, die Götzendämmerung im Kommunismus, die Entthronung Stalins und die darin zum Ausdruck kommende Urkraft menschlichen Freiheitsverlangens.

### Ein Jahr der Mahnung

Jahrelang sah es so aus, als ob die Welt erstarrt sei in der großen Front zwischen West und Ost. Jahrelang schien es, als ob die Welt aus dem Bannkreis des kalten Krieges nicht mehr herauskäme. Die Hoffnungen auf die obersten Staatsmänner waren nach den Genfer Konferenzen schnell wieder zerfallen. In dem nun zu Ende gehenden Jahr aber sind Kräfte sichtbar geworden, die unerwartet Bewegung in die erstarrte Front und Lockerung in die Blöcke gebracht haben. Darin liegen auch Gefahren, wie in Ungarn und am Suezkanal deutlich wurde. Aber es ist besser, die wenn auch unbestimmte Bewegung treibt die Menschheit und ihre Führer rechtzeitig an, unhaltbare Zustände zu ändern, als daß weltpolitische Paralyse nur noch den Ausweg eines alles überwältigenden chaotischen Ausbruches zuläßt. Dieses Jahr 1956 wirkt insgesamt wie eine Mahnung des Schicksals an die Verantwortlichen, noch zur rechten Zeit in Ordnung zu bringen, was endlich in Ordnung gebracht werden muß. Das gilt insbesondere gegenüber dem natürlichen Recht der einzelnen und der Völker, in ihren Gemeinschaften geeint und frei nach eigener Art zu leben — sei es in Mittel- und Osteuropa, in Asien, in Afrika oder sonstwo.

In den Beurteilungen der gegenwärtigen weltpolitischen Lage kehrt das Wort Entspannung immer wieder. Geht man von der Kriegsgefahr anfangs November aus, dann kann man heute mit gutem Recht von Entspannung sprechen. Dasselbe gilt mit dem Blick darauf, daß zwischen so wichtigen weltpolitischen Zentren wie den USA, Indien und (indirekt) Rotchina ein aufgelockertes Gespräch in Gang gekommen ist nach einer langen Zeit politischer Stagnation. Auch sonst werden neue

Überlegungen angestellt und ausgesprochen — über Abrüstung, Luftkontrolle, Truppenabzug, Zusammenarbeit und anderes mehr. Was da zu vernehmen ist, gefällt nicht immer und nicht jedem, aber es läßt doch auf eine wachsende Geneigtheit schließen, neue Wege für Ausgleich und Heilung zu suchen.

### Der Mensch erhebt sich

Die freiheitliche Welt hat überdies Grund, in diesen neuen Abschnitt der Weltpolitik mit größerer Zuversicht zu gehen. Die Position des östlichen Gegenspielers ist nicht mehr so unerschüttert und unerschütterlich, wie sie lange schien. Im letzten Jahr ist deutlich geworden, daß in dem Bereich zwischen Elbe und Gelbem Meer, der sich gern als ein einheitlicher Machtblock präsentierte, die Gedanken, Wünsche, Ängste, Interessen und Anschauungen der Menschen und Völker ebenso vielfältig und in dieser Vielfalt ebenso lebendig sind wie zu allen Zeiten in aller Welt. Die Chefideologen der Politbüros mögen zernern über die Uneinigkeit im kommunistischen Weltlager, sie mögen erschrecken darüber, daß sogar in der kommunistisch erzeugten Jugend Zweifel und Kritik umgehen, — verhindern können sie auf die Dauer nicht, daß nach Jahren und Jahrzehnten der Unnatur menschlicher Eigenwille sich erhebt und sein Recht verlangt. Als Chruschtschow die Zustimmung seiner Kollegen im Kreml für die Abschaffung des Stalinkultes bekam, da hat jeder dieser zwölf oder vierzehn Führer des Sowjetreiches sicherlich den Wunsch gehabt, künftig nicht mehr in Angst vor einem Oligarchenführer leben zu müssen. Sie wollten persönlich frei von Furcht werden. Aber sie irrten und irren, wenn sie glauben, dieses Verlangen nur sich selber erfüllen, allen anderen Menschen ihres Machtbereiches aber vorenthalten zu können. Der Drang zur Vermenschlichung wird sich schließlich auch dort durchsetzen.

Anderes noch ließe sich anführen, was die Hoffnung auf die Zukunft zu stärken vermag. Doch muß man sich hüten vor voreiligem Optimismus, man muß sich insbesondere hüten,

(Fortsetzung auf Seite 7)

**Lieber Leser!**

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni  
Berlin-Tempelhof 1

Adressen: Adreß v.-Richtshofen-Str. 2, II  
falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

**Vertrauen für die Regelung im Osten**

Saargebiet ist heimgekehrt — Hoffnung für die Zone

Saarbrücken (Eigenmeldung). Die Saar ist am Neujahrstag zehntes deutsches Bundesland geworden. „Frei von hohler Siegestimmung oder triumphierender Begeisterung“, wie sich Ministerpräsident Ney auf einem Festakt im Theater von Saarbrücken ausdrückte, wurde dieser Tag festlich begangen. An Hütten und Zechen war in großen Leuchtbuchstaben die Losung des Tages angebracht worden: „Wir sind wieder daheim“.

Bei dem Festakt im Staatsministerium waren Bundeskanzler Adenauer, zahlreiche Bundes- und Länderminister und ein Sonderbeauftragter Frankreichs anwesend. Adenauer hob in seiner Ansprache hervor, daß der Tag der Rückgliederung der Saar auch für die Deutschen in der Sowjetzone ein Tag der Freude sei. Sie könnten Vertrauen für eine Regelung im Osten schöpfen, denn die Lösung der Saarfrage beweise, daß es einer stetigen und vernünftigen Politik möglich sei, durch völkerrechtliche Verträge schwerste Differenzen zu bereinigen. Dr. Ney dankte in seiner Ansprache dem Bundeskanzler für seine unbeirrbarkeitsvolle Politik.

**Transportkrise in der Zone**

Kohlenmangel bei Eisenbahn — Einschränkungen angeordnet

Berlin (Eigenbericht). Der gesamte Eisenbahnverkehr in der sowjetischen Besatzungszone ist durch die anhaltende Kälte völlig durcheinandergeraten. Besonders betroffen wurde der Güterzugverkehr. Auf den Verschiebebahnhöfen im Raume Berlin betragen die Verzögerungen in der Abfertigung bis zu 24 Stunden. Die sogenannten Wirtschaftsaustauschzüge nach Stettin und Frankfurt/Oder müssen vorrangig weitergeleitet werden, so daß auch die so dringend benötigten Kohletransporte zurückgehalten wurden.

Der Kohlemangel wirkt sich bei den Reichsbahndirektionen Schwerin, Kottbus und Dresden sehr empfindlich aus. Fast sämtliche Güterzuglokomotiven werden mit Rohbraunkohle versorgt, die jedoch keine ausreichende Dampfleistung ermöglicht. In zahlreichen Fällen blieben die Schwerlastgüterzüge auf den Strecken liegen und mußten mit Ersatzlokomotiven abgeschleppt werden. Hierfür hat man wegen des immer stärker gewordenen Mangels an Lokomotiven auch die sonst nur für Rangierzwecke eingesetzten Ten-

dermaschinen verwenden müssen. Erhebliche Schwierigkeiten bereitet auch das Weichensystem. Sämtliche vorhandenen Koksöfen sind aus den Werkstätten herausgenommen und zur Freihaltung der verbleibenden Weichen eingesetzt worden.

Auch der Personenreiseverkehr wurde erheblich benachteiligt. Durchschnittlich hatten die Fernzüge aus der Richtung Eisenach—Erfurt; Dresden und Jena—Saalfeld über 60 Minuten Verspätung bei ihrer Ankunft auf den Ostberliner Fernbahnhöfen. Die internationalen Durchgangszüge sind bevorzugt abgefertigt worden, um die Auswirkungen dieser Transportkrise auf den Eisenbahnverkehr in den benachbarten Ostblockstaaten nach Möglichkeit einzuschränken. Die Personenzüge, insbesondere die für den Schichtverkehr in den Industriezentren eingesetzten, sind schon seit Tagen nicht mehr vorgeheizt. Auch während der Fahrt steht den Lokomotiven dafür nicht genügend Dampf zur Verfügung.

Die Interzonenzüge konnten im großen und ganzen ohne wesentliche Verspätungen ihren Betrieb fortsetzen da es sich hier meist um Fahrten über eingeleigte Strecken ohne viel Abzweigungen handelt. Das sowjetische Verkehrsministerium mußte in aller Eile auch die Reservelokomotiven der für Sonderaufgaben bereitstehenden Lokomotivbrigaden heranziehen, um die Versorgung der Kraftwerke mit Kohle in genügendem Umfang sicherzustellen.

Auch auf dem Gebiet der Stromversorgung sind drastische Einsparungen von der Energiekontrolle angekündigt worden. Allein in Ostberlin sind täglich über 1000 Energiekontrollleure unterwegs, um den Verbrauch bei den Betrieben, Behörden und den Haushaltungen zu überwachen.

Mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland und dem Absingen der dritten Strophe des Deutschland-Liedes wurde die Feierlichkeit abgeschlossen.

**Abiturientenklasse floh nach Westberlin**

Berlin (DPA). Fast die gesamte Abiturientenklasse der Oberschule in Storkow (Mark) ist am dritten Weihnachtstag nach Westberlin geflüchtet und in einem Jugendheim des Senats aufgenommen worden. Grund für die Flucht der 14 von insgesamt 20 Schülern der Abschlußklasse waren Drohungen der Sowjetzonenorgane wegen einer Sympathiekundgebung, die die Jugendlichen im Oktober für den Freiheitskampf des ungarischen Volkes veranstaltet hatten. Nachdem wochenlange Hörhörer durch den Staatssicherheitsdienst ergebnislos geblieben waren, wurde die ganze Klasse kurz vor Weihnachten von der Schule verwiesen. Gleichzeitig wurde den Jugendlichen angekündigt, daß ihr Verhalten für sie und ihre Angehörigen noch andere Folgen haben könne.

## Wettrennen um neue Stromquelle

Sensationelle Versuche in den USA

Monterey (Kalifornien) (AP/DPA). Ein neuartiger atomarer Verschmelzungsprozeß hat der Wissenschaft Hoffnung gemacht, einmal auf „kaltem Wege“ Energien erzeugen zu können, die denen der Wasserstoffbombe gleichkommen. Bisher waren für diese Reaktionen ungeheure Wärmeenergien erforderlich. Das neue Phänomen wurde von zwölf amerikanischen Wissenschaftlern bei Arbeiten mit dem Betatron (Elektronenbeschleuniger) im Strahlenlaboratorium der Universität Kalifornien entdeckt.

Bei der von den kalifornischen Wissenschaftlern beschriebenen Reaktion, einer „katalytischen Kernreaktion“, wird ein Atompartikel, das sogenannte My-Meson, als eine Art Katalysator benutzt, um ein Deuteron (Kern des schweren Wasserstoffes Deuterium) und einen Wasserstoffkern zu einem Helium-3-Kern zu vereinen, wobei eine Energiemenge von 5,4 Mill. Volt frei wird. Bei der bisher bekannten Kernverschmelzungsreaktion wurden zwei leichte Kerne zu einem schweren Kern bei Temperaturen über eine Million Grad verbunden.

Die für diesen Prozeß, der die Grundlage der Wasserstoffbombe bildet, notwendige Wärme wurde durch „Zündung“ mittels einer Atombombe erreicht. Nach Ansicht der Forscher könnte es jedoch aus diesem Problem einen Ausweg geben, falls es gelänge,

ein dem My-Meson ähnliches Teilchen zu entdecken, das eine längere Lebenszeit hat. Eine Mitteilung des sowjetischen Physikers Alichanian besage, daß man aus bestimmten Erscheinungen bereits auf das Vorhandensein eines solchen Teilchens schließen könne.

DT. Bei diesen Forschungen um eine neue, friedlich verwertbare Atomenergie, die das Prinzip der Kernverschmelzung, wie sie in der Wasserstoffbombe er-

folgt, zur Grundlage hat, findet augenblicklich ein wissenschaftliches Wettrennen zwischen England, USA und der Sowjetunion statt. Jede neue, praktisch aussichtsreiche Entdeckung auf diesem Gebiet könnte die im Bau befindlichen und geplanten Atomkraftwerke „alten Stils“, die auf dem Prinzip der Kerzertrümmerung beruhen, über Nacht veralten lassen. Es ist darum verständlich, daß überall in der Welt jeder Fortschritt, der uns der Erschließung dieser zweiten Art von Atomenergie näherbringt, die überdies viel rationeller sein würde, mit atemloser Spannung verfolgt wird.

## Ungarn auf anderem Wirtschaftskurs

Teilweise Verzicht auf Planwirtschaft

Budapest (AP). Eine völlige Wendung der ungarischen Wirtschaftspolitik hat das offizielle Organ der Kommunistischen Partei Ungarns, „Nepszabadsag“, angekündigt. Die Zeitung, die im allgemeinen die Pläne der Partei wiedergibt, forderte, die Bauern müßten frei über ihr Land verfügen und es jederzeit verkaufen oder verpachten können. Für Kollektivwirtschaften wird ein Sonderstatus vorgeschlagen, der es den Kolchos-Mitgliedern erlaubt, nach eigenem Ermessen sowohl über die Ernte als auch über die Wirtschaftsform selbst bestimmen zu können. Praktisch bedeuten diese Forderungen nach Ansicht politischer Beobachter den Verzicht auf die Planwirtschaft im gesamten Gebiet der Landwirtschaft.

Gleichzeitig hat die ungarische Regierung angekündigt, daß vom 1. Januar an nur noch diejenigen Arbeitnehmer voll entlohnt werden sollen, die zur Zeit regulär beschäftigt werden können. Alle übrigen Angestellten und Arbeiter sollen entlassen werden. Arbeiter, die infolge des Energiemangels in ihren Fabriken keine Beschäftigung finden, können einen „zeit-

weiligen Urlaub“ antreten, währenddessen sie die Hälfte ihres normalen Lohnes erhalten.

Auch das Blatt der Gewerkschaften, „Nepakarat“, setzte sich für einen „radikalen Wechsel bei der Verteilung des Sozialprodukts“ ein. Die einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie, so heißt es in einem Artikel dieser Zeitung, habe zu einem rapiden Absinken des Lebensstandards seit 1949 geführt.

Der Ungarische Schriftstellerverband hat mit 250 gegen zwei Stimmen bei fünf Enthaltungen eine Resolution gefaßt, in der die sowjetische Intervention als „historischer Fehler“ bezeichnet wird. Eines Tages werde die Sowjetunion diesen Fehler selbst zugeben müssen. „Wir warnen vor der falschen Ansicht, daß die Revolution die Errungenschaften des Sozialismus beseitigt haben würde, wenn die sowjetische Armee nicht eingegriffen hätte. Wir wissen, daß dies nicht wahr ist.“ Die Behauptung der Regierung Kadar, es habe sich um eine Konterrevolution gehandelt, wird gleichfalls als unwahr zurückgewiesen.

## Kirche grüßt das Saarland

EKD: Rückkehr Grund zur Freude

Berlin (epd). „Die friedliche Rückkehr des Saargebietes ist für die gesamte Evangelische Kirche Deutschlands Grund zu großer Freude“, heißt es in einem Telegramm von Bischof D. Dibelius an den Präses der Rheinischen Kirche, D. Held. „Viel Not, viel Bitterkeit, und die Gefahr, daß sich entfremdet, was zusammengehört, ist nun gebannt. Die Kirchen im Gebiet der DDR sehen darin den Anfang der von ihnen allen heißersehnten Wiedervereinigung des gesamten Vaterlandes.“

Durch die Abtrennung des Saargebietes hatte sich an der Zugehörigkeit der Saargemeinden zur Rheinischen Kirche nichts geändert.

## Adenauer wird 81 Jahre

Bonn (AP). Bundeskanzler Dr. Adenauer vollendet am Sonntag sein 81. Lebensjahr. Der Geburtstag soll auch in diesem Jahr wieder mit einer Feier im Palais Schaumburg begangen werden, die sich in kleinerem Rahmen halten wird als im vergangenen Jahr.

So sind sie wirklich:

## Liebeswerben um den „alten Verein“

### KÄTHE KERN

Immer, wenn sich die SED in die politische Enge getrieben fühlt, entdeckt sie Gemeinsamkeiten mit der vor nun über zehn Jahren gewaltsam verschluckten sowjetzonalen Sozialdemokratie. Die „Aktionsgemeinschaft“ von Kommunisten und Sozialdemokraten liegt ihr dann zutiefst am Herzen. Es ist die selbstverschuldete Misere der SED, daß diese Töne bei den SPD-Genossen nicht verfangen. Trotz Gründung zahlreicher Tarnorganisationen wie beispielsweise der „Sozialdemokratischen Aktion“ (SDA) in Ostberlin, scheidet sie an der politischen Einsicht und dem gesunden Menschenverstand ihrer umworbenen Kontrahenten.

Um so aufmerksamer darf man die Mühe registrieren, die man sich nun mit einer Frau macht, der im kommenden Jahr die Aufgabe einer Vermittlerin zufallen soll. Die einstige Sozialdemokratin und später zu den Kommunisten übergelaufene Frauenführerin Käthe Kern ist vom SED-Zentralkomitee aussersehen, 1957 eine führende Rolle im „Aktionseinheits“-Gespräch zu spielen, Ihre gleichzeitige Funktion in Regierung, Parteiapparat und „Demokratischem Frauenbund“ läßt sie dafür geeignet erscheinen. Ehe sie aber in das Scheinverflicht der politischen Bühne tritt, sollte man sie ihrer politischen Entwicklung nach beleuchten.

#### Beruf: Funktionärin

Käthe Kern ist ein Kind des Apparates. Sie ist Berufs-Funktionärin mit linearer Entwicklung. Am 22. 7. 1900 als Tochter eines Maschinenarbeiters in Darmstadt geboren, wurde sie nach Abschluß der Mittel- und Handelsschule von den Parteikollegen ihres Vaters an die Akademie der Arbeit der Frankfurter Universität gebracht. Das Parteistipendium verpflichtete sie, anschließend im Parteauftrag gewerkschaftlich zu arbeiten. Trotzdem trat sie erst 1920 der SPD bei. Von 1925—1933 war sie SPD-Fraussekretärin in der Hauptstadt Berlin. Aus dieser Zeit stammen enge Bindungen zu den Kommunisten. Wegen

ihrer Zusammenarbeit mit der Berliner KP-Leitung geriet sie nach der Machtergreifung der Nazis in den Verdacht, dem Münzenberg-Kreis anzugehören und wurde für kurze Zeit verhaftet. Anschließend durfte sie als Sekretärin der „Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG“ ohne weitere Behinderung durch die Gestapo arbeiten.

#### „Wir gehen alle 'rüber!“

1945 ging sie wieder in die SPD. Man nahm sie in den Landesvorstand Berlin auf und gab ihr das Frauensekretariat des Zentralausschusses der SPD. Sie war eine der ersten, die von Grotewohl in die Verschmelzungspläne der KPD eingeweiht worden sind. „Wir gehen alle 'rüber zu Euch“, versicherte sie damals dem heutigen SED-Ministerpräsidenten. Dann aber kam sie fast allein.

Grotewohl sorgte dafür, daß Käthe Kern sofort in den SED-Partei Vorstand und das neugebildete Zentralsekretariat gewählt wurde. Als Vorsitzende des Zentralen Frauenausschusses der SED gehörte sie 1947 zu den maßgeblichen Gründern des „Demokratischen Frauenbundes“, dessen Bundesvorstand sie seit 1948 angehört. Seit Juli 1950, prädestiniert durch ein Ulbricht-treues Referat auf dem III. Parteitag, gehört sie zu den maßgeblichen Mitgliedern des

Zentralkomitees der SED. Als die „Provisorische Regierung der DDR“ gebildet wurde, schickte man sie als Leiterin der Hauptabteilung „Mutter und Kind“ in das von dem Ost-CDU-Minister geleitete Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen, das heutige Gesundheitsministerium.

#### Blickrichtung SPD

Die Kommunisten hatten jedoch noch andere Absichten mit Käthe Kern. Immer wurde sie ganz nebenbei in Funktionen geschoben, die eine Berührungsfäche mit der Sozialdemokratie, zumindest aber mit den Sozialdemokraten der Sowjetzone, bilden sollten. Käthe Kern mußte aktiv in der Volkskongreß-Bewegung tätig sein. Als Frauenführerin kam sie in den „Deutschen Volksrat“ und wurde Vorsitzende einer Arbeitsgemeinschaft in diesem Vorläufer der kommunistischen Regierung. Als Abgeordnete der „Volkskammer“ betonte sie stets ihre alte SPD-Zugehörigkeit, im intimen Kreis spricht sie sehnsüchtig von „meinem alten Verein“. Als Mitglied des Volkskammerausschusses „für Eingaben der Bürger der DDR“ hat sie die Bittgesuche der Bevölkerung zu überprüfen und weiterzugeben. Hunderte von Briefen gingen durch ihre Hand, die eine Haftentlassung ihr ehemals bekannter SPD-Genossen betrafen. Nicht ein einziges Mal trat sie für ihre ehemaligen Kampf- und Parteigefährten ein. 1954 nahm sie aus der Hand Grotewohls die „Clara-Zetkin-Medaille“ entgegen, zur gleichen Zeit, als sie im Gesundheitsministerium einen erbitterten Kampf gegen den Sohn Clara Zetkins, den alterwürdigen Professor Maxim Zetkin, führte. Im Mai 1955 wurde sie mit dem „Vaterländischen Verdienstorden“ für treue Dienste gegenüber Partei und Regierung belohnt.

Nun wirbt diese Frau um ihre Genossen aus der Zeit vor 1933. Um die gleichen Menschen, die sie 1946 skrupellos an die Kommunisten verraten hat. Nicht einmal die SED sollte sich über den Wert solchen Einsatzes im unklaren sein.

### 50,74 Millionen im Bundesgebiet

Bonn (AP). Zum Jahreschluß zählt die Bundesrepublik 50,74 Millionen Einwohner. Die Bevölkerungsdichte beträgt damit nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes etwa 205 Einwohner je qkm gegenüber 147 im früheren Deutschen Reich. Unter der Gesamtbevölkerung befinden sich etwa 8,8 Millionen Vertriebene und 2,6 Millionen Zugewanderte aus der Sowjetzone.

## Die Krise des FDGB

Sind die Zonengewerkschaften überflüssig geworden?

Von der Öffentlichkeit wenig bemerkt, bewegt sich der sowjetzonale FDGB in diesen Wochen einer tiefen inneren Krise entgegen. Starke Strömungen innerhalb der kommunistischen Gewerkschaften fordern eine Dezentralisierung des FDGB-Apparates, die Stärkung der einzelnen Industriegewerkschaften und neue Organisationsformen in den Betrieben. Was diesen, von einsichtigen und einflußreichen Leuten im SED-Zentralkomitee unterstützten Gewerkschaftlern vorschwebt, ist die Umbildung des FDGB-Bundesvorstandes in ein beratendes Gremium ohne autoritäre Vollmachten. Die gewerkschaftliche Macht soll bei den einzelnen Industriegewerkschaften liegen, die ihrerseits wieder in direkter Verbindung mit von den Belegschaften gewählten Betriebsräten stehen.

Die Betroffenen sehen in einer solchen Reorganisation die letzte Möglichkeit, den FDGB über die kommende Entwicklung hinüberzureden. Der FDGB hat innerhalb eines halben Jahres rund 150 000 Mitglieder verloren. Viele Betriebsgewerkschaftsleitungen befinden sich im Stadium der Auflösung, nachdem die Forderung der Arbeiter nach Wiedereinführung der von der SED verbotenen Betriebsräte abgelehnt worden ist. Den Schlupfwinkel dieser Entwicklung aber bilden die sich im Januar erstmals konstituierenden „Arbeiterkomitees“.

### Zwei Gewerkschaften?

Die SED hat hier einen entscheidenden Fehler begangen. In der Absicht, die „Arbeiterkomitees“ weitgehend von der Einflußnahme auf die Betriebsführung auszuschalten, hat sie ihnen Aufgaben übertragen, die eigentlich Sache der Gewerkschaften sind. Sie tat dies in dem Glauben, der FDGB werde diese Arbeiterkomitees von Anfang an beherrschen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der FDGB bei der Aufstellung dieser Komitees fast überall von den Arbeitern überspielt worden ist. Jetzt gibt es plötzlich zwei „gewerkschaftliche“ Gremien in den Betrieben: Die BGL und das „Arbeiterkomitee“. Naturgemäß tendieren die Arbeiter mehr zu den von ihnen gewählten Komitees als zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen, die ja nichts anderes sind als Anhängsel der Betriebsparteileitungen der SED. Was also wird geschehen?

Die Arbeiter werden sich in den Komitees eine starke gewerkschaftliche Basis schaffen und mit diesen erreichen, wozu

die BGL weder willens noch imstande ist. Damit aber erfüllt für viele Arbeiter die Notwendigkeit einer organisatorischen Zugehörigkeit zum FDGB. Schließlich hat noch keine BGL und keine untere FDGB-Leitung jemals die Interessen einer bestimmten Berufsgruppe oder eines bestimmten Industriezweiges wahrgenommen. Das hat dazu geführt, daß jahrelang die Betriebe der Scher- und Grundstoffindustrie bevorzugt werden mußten, während die Arbeiter der Leichtindustrie — soweit diese nicht wichtige Exportfaktoren darstellten — sozial in jeder Form benachteiligt wurden. Der ganze Irrsinn der Ulbrichtschen Industrie-Disproportion — wie sie jetzt beispielsweise von Bruno Leuschner gebrandmarkt wurde — wäre

## Guten Willen beweisen!

Die neuen ökonomischen Thesen der nachrückenden SED-Führer bieten die Möglichkeit, die Zonengewerkschaften dementsprechend zu dezentralisieren. Wenn erst einmal die Arbeiterkomitees eine selbständige Rolle spielen, wenn sich die Dezentralisierung des Industrieapparates auszuwirken beginnt, dann ist der FDGB in seiner jetzigen Form ein Kuriosum.

Der FDGB-Bundesvorstand versucht noch an der Jahreswende, seine gewerkschaftliche Bedeutung zu demonstrieren. So hat er „Vorschläge zur Neuregelung des Prämienwesens“ bekanntgegeben, die Anfang Januar in allen Betrieben diskutiert werden sollen. Man sollte die Diskussion darüber mit den FDGB-Funktionären ablehnen. Das Prämienwesen ist in der

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gerne gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

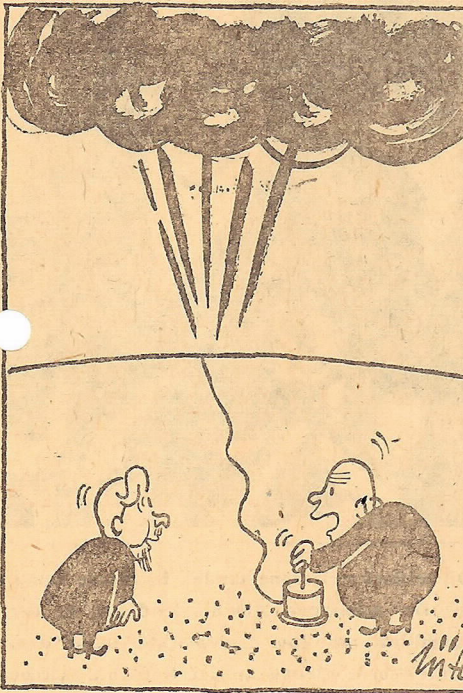
nicht durchgeführt worden, hätten die einzelnen Industriegewerkschaften der Zone ein Mitspracherecht gehabt. Erst die Über-Zentralisierung aller gewerkschaftlichen Macht in dem mit dem SED-Zentralkomitee gleichgeschalteten FDGB-Bundesvorstand ermöglichte Ulbricht die Durchführung eines von der Bevölkerung teuer bezahlten Planes.

Zonenindustrie das größte Ergebnis. Nicht ohne Grund haben es die Arbeiter als einen der ersten Tagesordnungspunkte auf die Arbeitsliste der neuen Arbeiterkomitees gesetzt. Hätte man darüber diskutieren, was aber benötigt man den FDGB dazu, der das jetzige unhaltbare Prämiensystem überhaupt erst in die Welt gesetzt hat?

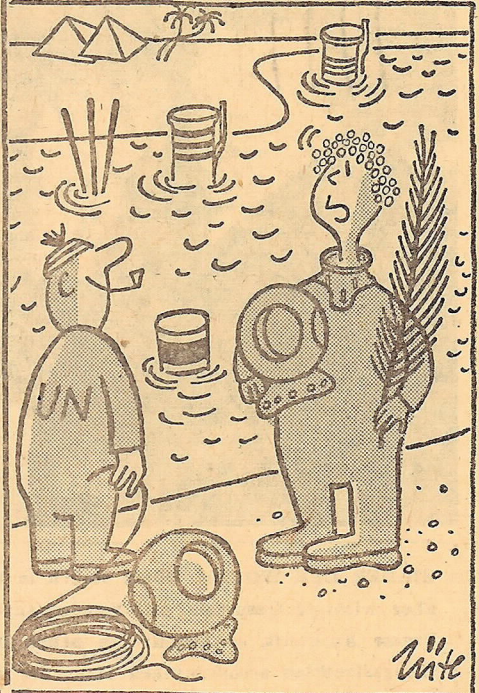
So steht es um den FDGB. Und man sollte nicht versäumen, gleich zu Jahresbeginn, auf den ersten Betriebsversammlungen und in den Sitzungen der Arbeiterkomitees darüber zu diskutieren. Denn mit dem FDGB in seiner jetzigen zentralisierten und der Partei gleichgeschalteten Form wäre es sinnlos, einen neuen Wirtschaftskurs einzuschlagen,

## Atomexplosion zu Weihnachten

## Bergungsbeginn in Suez



„Frohes Fest, Genosse!“



„Also, dann mal los!“

## Hoffnung und Gefahr

Fortsetzung v. Seite 2

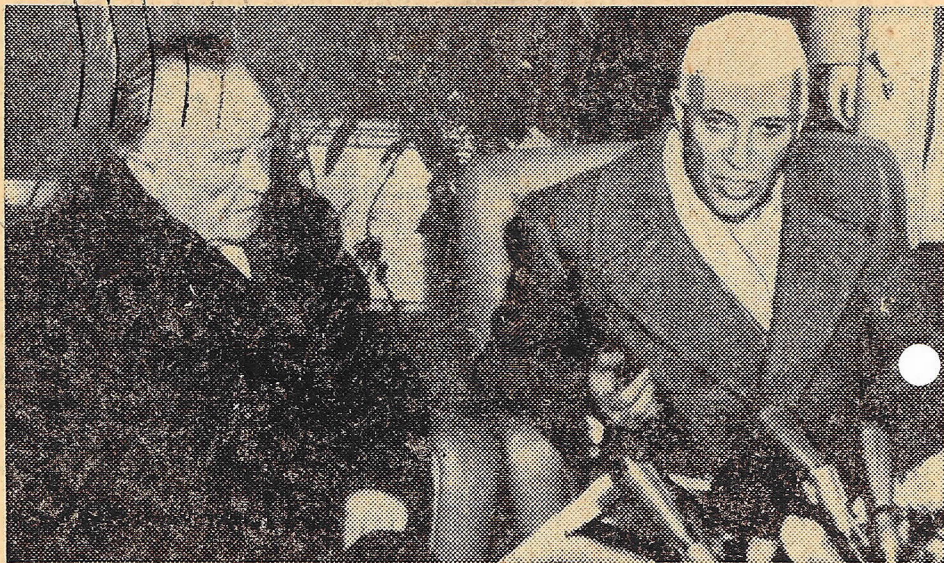
Möglichkeiten einer Entspannung mit der Entspannung selbst zu verwechseln. Was wir an diesem Jahreswechselfest zuversichtlich feststellen können, ist das Vorhandensein neuer Chancen für eine Entspannung. Aber die eigentliche Entspannung ist noch nicht da. Sowohl die schöpferisch vermittelnde Tätigkeit des indischen Weisen aus dem Morgenlande als auch das Grübeln, Überlegen und Tasten aller anderen bleiben nutzlos ohne reale Konsequenzen. Die Gefahren, die dem Weltfrieden aus den realen Gegebenheiten drohen, bestehen so lange, als die Gefahrenherde selbst nicht beseitigt sind.

### Frucht der Angst?

Die Zahl der Gefahrenherde in der Welt ist nicht klein, und wie sich gezeigt hat, können

unversehens neue entstehen. Ein Gefahrenherd ist auch die deutsche Teilung. Das ist nichts Neues. Von deutscher Seite ist in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Gefahr hingewiesen worden, die dem Frieden durch die erzwungene Trennung der sowjetischen Besatzungszone droht. Vor mehr als drei Jahren, am 17. Juni 1953, ist sogar ein — wie man hätte meinen sollen — unübersehbares Warnsignal gegeben worden. Es wurde dennoch übersehen. Nunmehr aber, nach dem Erlebnis des ungarischen Aufstandes, scheint es doch, als ob die Welt erschrocken ist und die Gefahr in Mitteleuropa erkennt. Sie hat Angst bekommen, Vergleichbares wie in Ungarn könnte auch in der deutschen Sowjetzone geschehen und dann nicht wie in Ungarn „lokalisiert“ werden können.

Es wäre unehrlich und falsch, wollte man diese Gefahr bestreiten. Kein Deutscher kann wünschen, daß sich die Gefahr einmal im Tatsächlichen bewahrheitet; daß das keine Phrase ist, haben die verantwortlichen Sprecher der Bundesrepublik und Westberlins in den vergangenen Wochen mit ihren beschwörenden Bitten um Geduld an die Deutschen in der Zone bewiesen. Aber die Gefahr besteht, und die Angst vor ihr ist berechtigt. An vielen Stimmen aus den USA zeigt sich, daß gerade auch diese Angst Antrieb zu neuen politischen Überlegungen geworden ist, die um den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland kreisen. Auf sowjetischer Seite ist bisher keine Auflockerung des Denkens erkennbar geworden. Doch darf man wohl annehmen, daß der Kreml klug genug ist, sich der Gefahr in Mitteleuropa bewußt zu sein.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Nehru in Düsseldorf zwischengelandet. Er führte kurze, aber wichtige Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Adenauer. Abschließend gab er der Presse Auskunft. — Unten: Ein neuer Durchblick am Zoo. Ladenstraße unter dem langgestreckten sechsstöckigen Haus des Konfektionszentrums an der Gedächtniskirche in Berlin.

